

5 Frau will Scheidung – Ehemann rastet aus
Drei Jahre nach der Tat wird Mann im Zweifel freigesprochen.

9 VP Bank kündigt Aktienrückkauf an
Festpreisangebot für Besitzer von Inhaber- und Namenaktien.

13 EM-Qualifikation 2016
Trainer Pauritsch blickt zurück
«Leistung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden»



Volksblatt



Mittwoch, 14. Oktober 2015
138. Jahrgang Nr. 233

Die Tageszeitung für Liechtenstein

Heute

Im Gespräch
Regierungschef Adrian Hasler zieht Bilanz



Um 18 Uhr gibt Regierungschef Adrian Hasler im Ratssaal in Vaduz einen Einblick auf die Regierungsarbeit und beantwortet die Fragen der Anwesenden.

volksblatt.li

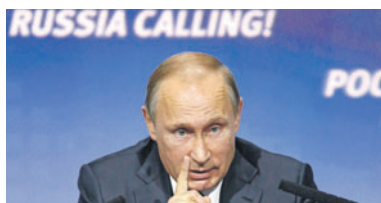
Offiziell Die Extremistenorganisation «Islamischer Staat» (IS) hat bestätigt, dass ihr Vizechef Fadhil Ahmed al-Hajali bei einem US-Luftangriff im Irak getötet wurde.

Fotogalerien Auch heute finden Sie Fotogalerien zu aktuellen Veranstaltungen in Liechtenstein und Umgebung im Media Center auf www.volksblatt.li.

Wetter Nur wenige Auflockerungen und Sonnenstrahlen.
Seite 22



Zitat des Tages



«Ich glaube, einige unserer Partner haben einfach Grütze im Kopf.»

VLADIMIR PUTIN
RUSSLANDS PRÄSIDENT

Expertin zur EU-Liste: «Konnten wesentlichen Schaden vermeiden»

Erfolg Die EU hat ihre Auflistung von «Steueroasen» gelöscht. Heimische Finanzexperten wundert dieses Vorgehen nicht, das Handeln der EU sei «grotesk» gewesen.

VON DANIELA FRITZ

Bis vor wenigen Tagen zählte Liechtenstein laut einer «schwarzen Liste» der EU zu jenen 30 Staaten, die sich in Steuerfragen unkooperativ zeigen – mittlerweile wurde diese nach mehreren Interventionen der Regierung gelöscht. «Die Verantwortlichen in der EU mussten einsehen, wie grotesk das Vorgehen war»,

kommentiert Prinz Michael, Stiftungsratspräsident des Thinktanks European Center of Austrian Economics Foundation (ECAEF), auf «Volksblatt»-Anfrage das Einlenken des Staatenbundes.

Entfernung sei überfällig gewesen

Die Liste habe keinerlei Aussagekraft oder Berechtigung gehabt, findet auch Ivo Elkuch, Geschäftsführer der Liechtensteinischen Treuhandkammer. Deren Entfernung sei überfällig gewesen. Er weist jedoch darauf hin, dass Liechtenstein auf der Webseite der EU-Kommission weiterhin von einzelnen Staaten «zu Steuerzwecken» gelistet wird. Dies sei nicht gerechtfertigt, da Liechtenstein im steuerlichen Bereich verantwortungsvoll

handle. Er hofft, dass diese Botschaft spätestens mit dem Abkommen zum automatischen Informationsaustausch (AIA) «auch in den entlegenen Gefilden der EU ankommt».

Diese Website ist auch Katja Gey, Leiterin der Stabsstelle für Internationale Finanzplatzagen, bekannt. Die aufgeführten Informationen über Liechtenstein seien zwar korrekt, der Mehrwert dieser Darstellung sei aber nicht ganz klar. «Ob sie in dieser oder anderer Form erhalten bleibt, wird sich in ein paar Monaten zeigen», informiert Gey – wohl ebenfalls im Hinblick auf das Abkommen, das im Oktober-Landtag in erster Lesung behandelt wurde. Dass die EU-Liste der Reputation Liechtensteins geschadet hat, glaubt

Gey aber nicht – «dank der raschen und deutlichen Interventionen» seitens der Regierung «konnte ein wesentlicher Schaden vermieden werden». Dieser Meinung ist auch Simon Tribelhorn, Geschäftsführer des Bankenverbandes. Es bestehe aber Aufklärungsbedarf, da in vielen EU-Staaten ein veraltetes Bild vorherrsche. Anders sieht dies Prinz Michael: «Ein gewisser Schaden wurde wahrscheinlich durch diese Liste verursacht, da dadurch erneut versucht wurde, ein Klischee von Liechtenstein zu zementieren.» Auch Ivo Elkuch von der Treuhandkammer glaubt, dass die Liste die Anerkennung Liechtensteins als steuerkonformer Finanzplatz erschwert habe.

Seite 3



Flug MH17
Die wichtigste Frage bleibt unbeantwortet

Jetzt ist es offiziell: Eine Rakete des russischen Typs Buk hat vergangenes Jahr Flug MH17 über der umkämpften Ostukraine getroffen und 298 Menschen in den Tod gerissen. Die zuständigen niederländischen Ermittler präsentierten am Dienstag ihren Abschlussbericht zu der Tragödie. Wer die Rakete auf die Maschine der Malaysia Airlines abfeuerte, liessen sie allerdings offen. (Foto: RM)

Seite 24

Web-TV

Einzigtages Web-TV von volksblatt.li:
Aktuelle Filmbeiträge zu Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur



www.volksblatt.li

Strittige Blutspende Schweiz ringt um Lösung für Schwule

BERN Der Dachverband Blutspende SRK will ebenso wie der Bundesrat, dass auch Schwule Blut spenden können. Der Dachverband prüft derzeit Vorschläge. Einer davon sieht vor, dass Schwule spenden können, wenn sie ein Jahr lang keinen Sex hatten. «Wirklich glücklich bin ich mit dem Vorschlag auch nicht», sagte Rudolf Schwabe, Direktor von Blutspende SRK. Ziel des Dachverbandes sei eine individuelle Begutachtung des Risikoverhaltens – etwa um herauszufinden, ob jemand regelmässig mit wechselnden Partnern ungeschützten Sex hat und so das Risiko für eine Aidsübertragung hoch ist. Eine individuelle Prüfung forderte im Juni auch der Schwulen-Dachverband Pink Cross. Allerdings sei es schwierig, diese individuelle Begutachtung bei den Behörden durchzusetzen. Das Heilmittelinstitut Swissmedic,

welches die Zulassungsbedingungen absegnen muss, habe entsprechende Anträge bisher abgelehnt.

Keine Frage der Orientierung

Der Vorschlag, Schwule spenden zu lassen, wenn diese ein Jahr lang auf Sex verzichtet haben, sei als einer von mehreren Zwischenschritten im Gespräch, erklärte Schwabe. Er bestätigte damit einen Bericht der «Basler Zeitung». Diesen Pausus wenden derzeit die USA und Schweden an, weshalb man entschlossen habe, ihn zu prüfen. Derzeit ausgeschlossen vom Blutspenden sind Männer, die mit Männern Sex haben, wie Peter Balzli, Mediensprecher von Swissmedic präzisierte. Es gehe nicht darum, Menschen mit einer bestimmten Orientierung von der Blutspende auszuschliessen, sondern solche mit einem bestimmten Risikoverhalten. (sda)

Bankgeheimnis

Kommission gegen Initiative

BERN Die Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK) lehnt die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» ab. Der Entscheid fiel mit 13 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen, wie die Parlamentsdienste mitteilten. Mit dem Volksbegehren wollen Initianten aus bürgerlichen Kreisen das Bankgeheimnis in der Verfassung verankern. Die Kommissionsmehrheit sieht darin aber eine Einschränkung der Mittel der Steuerbehörden bei der Steuerveranlagung und einen Eingriff in die Steuerhoheit der Kantone. Wenn Steuerpflichtige die Mitwirkung verweigerten oder Dokumente fehlten, dürften die Steuerbehörden nur noch im Rahmen eines Strafverfahrens Informationen bei Dritten einholen, gibt die WAK zu bedenken. Das würde die Steuerveranlagung komplizierter machen. (sda)

Inhalt

Inland	2-6	Kultur	21
Ausland	8	Kino/Wetter	22
Wirtschaft	9-12	TV	23
Sport	13-19	Panorama	24

Fr. 2.50 www.volksblatt.li

Verbund Südostschweiz



ANZEIGE

Weniger Seiten,
mehr Inhalt:
Das «Volksblatt»

Volksblatt
Im alten Riet 103
FL-9494 Schaan
+423 237 51 51
www.volksblatt.li